

Washington News

Nr. 42 vom 6. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: US-Einigung mit China wirft Fragen auf
- Haushaltsfinanzierung 2019
- GLOBAL: US- und deutsche Autohersteller zu Gesprächen in Washington
- Spotlight USMCA: Demokraten weiter kritisch
- In den USA entstehen kleine Wasserwerke
- ENERGIE: Bau der Keystone XL-Pipeline verzögert sich weiter
- GLOBAL: Resolution zur Lage im Asowschen Meer
- GLOBAL: Unternehmen verlagern Produktion aus China nach Südostasien
- Webinar zu geberfinanzierten Aufträgen der Weltbank

Diese Woche in Washington

Mit den Feierlichkeiten um die Bestattung des 41. US-Präsidenten George H. W. Bush kam der politische Betrieb in Washington für einen Tag zur Ruhe. Der gestrige Mittwoch wurde zum nationalen Trauertag ausgerufen. Der US-Kongress und öffentliche Einrichtungen hatten geschlossen.

Vor Weihnachten versucht der US-Kongress, unter anderem den seit langem debattierten Gesetzentwurf zu selbstfahrenden Autos zu verabschieden. Nachdem der entsprechende Senatsentwurf zunächst Aussicht auf Erfolg hatte, sprach sich Anfang der Woche die zukünftige Vorsitzende des Ausschusses für Energie und Handel im Repräsentantenhaus, Jan Schakowsky (D-IL) gegen die Vorlage aus. Die Sicherheit der Fahrzeuginsassen, der Datenschutz und die Rechenschaftspflicht seien nicht ausreichend geregelt, so Schakowsky.

In ihrer jüngsten Investitionsumfrage legt die *Organization for International Investment* (OFII) die Einschätzung von *Chief Financial Officers* (CFO) internationaler Unternehmen in den USA dar. Demnach seien nur noch vier Prozent der Befragten davon überzeugt, dass sich das Geschäftsklima in den USA für ausländische Unternehmen verbessert hätte. Die überwiegende Mehrheit kritisiert die durch die Handelspolitik der US-Administration ausgelöste Unsicherheit. Diese erschwere die langfristige Unternehmensplanung. Die auf Stahl und Aluminium eingeführten Zölle seien die derzeit größte Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der USA. Die vollständige OFII-Umfrage findet sich [hier](#).

Ende letzter Woche veröffentlichte die zum US-Wirtschaftsministerium gehörende *National Telecommunications and Information Administration* (NTIA)

Kurzmeldungen

ENERGIE: Bau der Keystone XL-Pipeline verzögert sich weiter

Das *US Department of State* (DOS) hat angekündigt, eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die geplante *Keystone XL*-Pipeline durchzuführen. Damit wolle man dem Gerichtsbeschluss eines Bezirksgerichts in Montana Folge leisten. Letzteres hatte entschieden, dass sich die UVP des DOS aus dem Jahr 2017 zu sehr auf Umweltdaten aus dem Jahre 2014 stützt. Neuere Informationen zu Treibhausgasemissionen, Ölverschmutzungen, kulturellen Ressourcen und Marktanalysen seien nicht ausreichend in Betracht gezogen worden.

eine in Zusammenarbeit mit dem US-Heimatschutzministerium erarbeitete Anti-Botnet-Roadmap, die an dem im Mai 2018 an Präsident Trump übergebenen Anti-Botnet-Bericht anknüpft. Der *Council to Secure the Digital Economy* (CSDE) gab ebenfalls Ergebnisse ihrer Anti-Botnet-Arbeit bekannt, die in einem International Anti-Botnet-Guide dargestellt sind. Mit der Anti-Botnet-Arbeit soll die Widerstandsfähigkeit u.a. von Infrastrukturen, Software, Endgeräten und Unternehmensnetzwerken gegen automatisierte Cyberattacken gestärkt werden. (cs)

GLOBAL: US-Einigung mit China wirft Fragen auf

Im Rahmen eines Abendessens beim G20-Gipfel trafen US-Präsident Trump und Chinas Präsident Xi Absprachen zur Deeskalation des aktuellen Handelskonflikts. Laut einer Mitteilung des [Weißen Hauses](#) habe man sich unter anderem darauf geeinigt, dass China ab sofort US-Agrarprodukte kaufe, später auch Energie- und Industrieprodukte; außerdem wolle man ab sofort Verhandlungen zu Strukturreformen in China führen. Hierfür gäbe es eine 90-tägige Frist, während der die ursprünglich für Januar geplanten US-Zollerhöhungen auf chinesische Produkte ausgesetzt werden sollen.

Die Statements der chinesischen Seite unterscheiden sich jedoch inhaltlich von der Erklärung der US-Administration, und auch das Weiße Haus machte zunächst unterschiedliche Angaben, ob die 90-Tagefrist ab dem 1. Dezember 2018 oder dem 1. Januar 2019 laufe, ehe man dann den 1.12. als Starttermin bestätigte. Angaben der US-Seite, China habe zugesagt, seine Autozölle für US-Autos zu senken, wurden von chinesischer Seite bisher nicht bestätigt. Doch China gab wiederum bekannt, beide Seiten wollten gemeinsam auf die Abschaffung aller neuen Zölle hinarbeiten und so eine Win-Win-Situation schaffen. Die genauen Inhalte einer möglichen Einigung zwischen den beiden Ländern und deren Umsetzung dürften also voraussichtlich erst im Laufe des 90-tägigen Verhandlungsprozesses klarer werden. (fl)

Haushaltsfinanzierung 2019

Der US-Kongress hat einer weiteren *continuing resolution* zugestimmt, um die Finanzierung der Regierung bis zum 21. Dezember zu sichern. Der Kongress hofft, so genügend Zeit zu gewinnen, um einen Kompromiss mit der Administration zu finden. Zuvor hatte Präsident Trump angedroht, den Haushalt für 2019 nicht zu unterzeichnen, sollte dieser nicht die von seiner Administration beantragten fünf Milliarden US\$ für den Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko enthalten.

Die Demokraten im Kongress argumentieren, dass die fünf Milliarden US\$ genutzt werden sollten, kostengünstigere Grenzzäune zu errichten und in hochtechnologische Überwachungssysteme zu investieren. Der Bau einer Mauer würde mindestens das fünffache kosten und langwierige Rechtsstreite mit Landbesitzern nach sich ziehen, deren Land

Die Betreibergesellschaft der Pipeline, TransCanada, hatte bereits vor über zehn Jahren entsprechende Anträge für den Bau eingereicht. Nach Fertigstellung soll die Pipeline Öl aus Kanada bis an den Golf von Mexiko transportieren. (cs)

GLOBAL: Resolution zur Lage im Asowschen Meer

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Ed Royce (R-CA) und der führende Demokrat des Ausschusses Eliot Engel (D-NY) haben eine gemeinsame [Resolution](#) eingebracht, in der sie das Vorgehen Russlands im Konflikt mit der Ukraine im Asowschen Meer verurteilen. Den Abgeordneten zufolge sollte Russland seine Feindseligkeiten gegenüber der Souveränität der Ukraine einstellen. Ohne konkrete Strafmaßnahmen zu nennen, betonen die Abgeordneten, dass sowohl die US-Regierung als auch ihre Partner Russland zur Verantwortung ziehen sollten. US-Präsident Trump hatte sein geplantes Treffen mit dem russischen Präsident Putin während des jüngsten G20-Gipfels aufgrund der Situation im Asowschen Meer abgesagt. Jedoch hat die US-Regierung bislang keine neuen Sanktionen gegen Russland verhängt. (ch)

für den Mauerbau zum Teil enteignet werden müsste. Ein für diese Woche geplantes Treffen zwischen US-Präsident Trump und den führenden Demokraten im US-Kongress Nancy Pelosi und Chuck Schumer musste aufgrund der Begräbnisfeier des ehemaligen US-Präsident George H. W. Bush verschoben werden. (cs)

GLOBAL: US- und deutsche Autohersteller zu Gesprächen in Washington

Eine Woche nach der Ankündigung der Umstrukturierungspläne von General Motors (GM) traf sich die Hauptgeschäftsführerin des Konzerns Mary Barra am Mittwoch und Donnerstag mit Abgeordneten und Senatoren der vom Stellenabbau betroffenen Bundesstaaten Maryland, Michigan und Ohio. Der Abgeordnete Tim Ryan (D-OH) betonte, dass die Entscheidung von GM nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch deren Gemeinden unmittelbar betreffen würde. Senator Sherrod Brown (R-OH) warb in diesem Kontext erneut für seinen Gesetzentwurf, den er im Sommer dieses Jahres eingeführt hatte. Der [American Cars](#), [American Jobs Act](#) würde Käufern einen Preisnachlass von 3.500 US\$ gewähren, wenn sie in den USA hergestellte Autos kauften. Der Gesetzentwurf würde zudem Unternehmen bestimmte Steuervorteile streichen, wenn sie Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

Zugleich trafen sich mehrere Vertreter deutscher Autohersteller mit US-Präsident Trump und seiner Administration in Washington. Laut der Sprecherin des Weißen Hauses, Lindsay Walters, informierte Präsident Trump die angereisten Gäste über seine Vision einer wirtschaftsfreundlichen US-Standortpolitik. Im Automobilsektor zielen diese darauf ab, dass zukünftig mehr Fahrzeuge und Teile in den USA produziert werden. Die deutschen Autohersteller hoben laut eigenen Angaben bei dem Treffen ihr bereits bestehendes starkes Engagement in den USA hervor, wie Investitionen und Arbeitsplätze. (ch)

Spotlight USMCA: Demokraten weiter kritisch

Am 30.11. haben die Präsidenten der USA, von Mexiko und Kanada im Rahmen des G-20 Gipfels in Buenos Aires, Argentinien, das USMCA-Handelsabkommen unterschrieben. USMCA soll NAFTA ersetzen und wird nach seiner Ratifizierung durch die Parlamente der drei Länder in Kraft treten. Während die Ratifizierungsprozesse in Mexiko und Kanada auf keinen wesentlichen Widerstand zu stoßen scheinen, werden die Gegenstimmen im US-Kongress derzeit lauter. Mehrere Demokraten im US-Repräsentantenhaus haben bereits geäußert, dass das USMCA-Abkommen in seiner jetzigen Form nicht akzeptabel sei. Sie fordern unter anderem eine stärkere Durchsetzung der Vorschriften für US-amerikanische Arbeiter und den Umweltschutz. Die Senatorin Elizabeth Warren (D-MA) sagte, sie werde dem Abkommen nicht zustimmen, sollten Arbeitnehmer in den USA nicht besser geschützt werden.

Nach der Unterzeichnung in Buenos Aires hat die US-Administration nun eine Frist von 60 Tagen, um den

GLOBAL: Unternehmen verlagern Produktion aus China nach Südostasien

Die Geschäftsführer mehrerer Unternehmen aus verschiedenen Branchen haben in einem [Interview](#) mit Reuters ihre Strategie hervorgehoben, ihre Produktion teilweise von China in andere asiatische Länder wie Thailand und Vietnam zu verlagern. Hauptgrund hierfür seien die handelspolitischen Unsicherheiten zwischen den USA und China und insbesondere die US-Zölle auf in China produzierte Güter. Mit der Produktionsverlagerung versuche man, die Zölle zu umgehen. (kw)

Webinar zu geberfinanzierten Aufträgen der Weltbank

Der Representative of German Industry and Trade (RGIT) hat in einem von der GTAI organisierten Webinar zum Thema „Weltbank, EU & Co. – Geberfinanzierte Aufträge in Entwicklungs- und Schwellenländern“ Unternehmen darüber informiert, welche Möglichkeiten bestehen, mit der Weltbank ins Geschäft zu kommen. Das aufgezeichnete Webinar kann kostenfrei [hier](#) eingesehen werden. (cs)

Kongress über notwendige Änderungen im US-Recht zu informieren, die durch USMCA notwendig werden. Danach wird der Text dem Kongress vorgelegt, der voraussichtlich nicht vor April über das Abkommen abstimmen wird. Trotz der Kritik der Demokraten gilt die Verabschiedung derzeit als wahrscheinlich. (kw)

In den USA entstehen kleine Wasserwerke

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In den USA soll sich die Zahl kleiner und mittlerer Wasserkraftanlagen graduell erhöhen. Anlagen mit Kapazitäten von 3 bis 52 Megawatt befinden sich auf den Reißbrettern. Dahinter steckt die Idee, Wasserturbinen an die landesweit bestehenden 87.000 Dämme anzudocken. Denn nur 3 Prozent der Dämme werden zur Generierung elektrischen Stroms genutzt. Eine Studie des Department of Energy (DoE) bescheinigt der „kleinen und mittleren“ Hydroenergie ein hohes Wachstumspotenzial bis 2050. Den vollständigen Beitrag können Sie hier kostenfrei herunterladen. (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2018

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

